

Der Nahostkonflikt zählt zu den ältesten Regionalkonflikten in den internationalen Beziehungen. Seit über 100 Jahren macht die jüdische Nationalbewegung der palästinensischen Nationalbewegung das Land Palästina streitig; beide Völker erheben den gleichen Rechtsanspruch. Das jüdische Siedlungsprojekt wurde auf dem ersten Zionistenkongress 1897 in Basel durch Theodor Herzl formuliert; seither verläuft es sehr erfolgreich. Einige Fakten mögen dies verdeutlichen: besaßen bei der Staatsgründung Israels 1948 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung (1.365 Millionen Palästinenser gegenüber 710.000 Israelis) 97 Prozent des Landes, so haben sich die Besitz-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse heute völlig umgekehrt. Würde 2005 ein „Staat“ Palästina gegründet, umfasste dieser nur noch neun Prozent des historischen Palästina. Was sich für die jüdische Nationalbewegung aufgrund der historischen Erfahrungen und Ereignisse als Erfüllung ihrer Sehnsüchte herausstellte, bedeutete für die indigene Bevölkerung eine „Katastrophe“ (al-Nakba). Folglich kann das jüdische Siedlungsprojekt nur angemessen beurteilt werden, wenn man die Leiden des palästinensischen Volkes mit berücksichtigt.

Die aktuelle Lage in den besetzten Gebieten kann nur als katastrophal beurteilt werden. Diese Dokumente zeigen jedoch nur einen kleinen, begrenzten Ausschnitt der Wirklichkeit in Palästina; die Realität ist um ein vielfaches grausamer. So haben seit der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens im Jahre 1967 fast 800.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen gesessen. Es gibt keine Familie, die davon nicht betroffen gewesen ist. Allein die Bilanz der Gewalt seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada am 29. September 2000 ist erschreckend: Bis Ende September 2004 starben ca. 3.350 Palästinenser und rund 1.050 Israelis; über 7.000 Palästinenser befinden sich immer noch in israelischer Haft – davon 760 Administrativhäftlinge, deren Inhaftierung alle sechs Monate auf unbegrenzte Zeit verlängert werden kann, ohne dass jemals Anklage erhoben werden würde. Seit 1967 wurden mehrere Tausend Häuser zerstört, weil sie ohne „Genehmigung“ errichtet worden sind. Dass die israelischen Regierungen so gut wie keine Baugenehmigung erteilt haben, bleibt jedoch unerwähnt. Daneben werden immer wieder Häuser von Attentätern zerstört, als Kollektivstrafe gegen die anderen Familienangehörigen.

gen. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention dar. Darüber hinaus verdoppelte sich die Zahl der Siedler während des „Friedensprozesses“ von 1993 bis heute in der Westbank von 110.000 auf 230.000 und in Ost-Jerusalem von 100.000 auf 220.000. Parallel dazu wurde in der Westbank ein separates Straßensystem errichtet, das alle israelischen Siedlungen miteinander verbindet. Auf einigen dieser Straßen dürfen nur jüdische Israelis fahren. Dass alle Siedlungen sowie die Mauer (Schutzwand) völkerrechtswidrig sind und ein Transfer der eigenen Bevölkerung gegen die Vierte Genfer Konvention verstößt, ist von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt. Die täglichen Schikanen und Diskriminierungen an den Kontrollpunkten sowie die absoluten Reisebeschränkungen stellen einen Eingriff in das Leben der Menschen dar, der den Alltag zur Hölle macht.

Den Autoren ist der Frieden in Israel und Palästina ein zentrales Anliegen. Einen solchen wird es jedoch langfristig nur geben, wenn den Palästinensern ein Mindestmaß an Gerechtigkeit widerfährt. Die Palästinenser können jedoch nicht „gerecht“ behandelt werden, solange die Israelis vor sich selbst und der ganzen Welt abstreiten, was die Palästinenser erleiden mussten und bis heute erleiden müssen. Es wird jedoch keinen Frieden geben, solange die israelischen Regierungen sich selbst und dem Rest der Welt erklären, sie hätten immer moralisch und politisch richtig gehandelt. Erst wenn sie sich selbst eingestehen, dass sie schweres Unrecht gegenüber den Palästinensern begangen haben, eröffnet sich die Möglichkeit für einen dauerhaften Frieden.

Dr. Ludwig Watzal

Journalist, Lehrbeauftragter an der Universität
Bonn und Autor des Buches
„Feinde des Friedens“